

Chih-Jou Jay Chen

Die Zunahme von Arbeitskonflikten in China: Ein Vergleich von ArbeiterInnenprotesten in verschiedenen Sektoren

Arbeitskonflikte und Massenproteste von ArbeiterInnen in China

In den letzten Jahren wurde sehr häufig von kollektiven Protestaktionen in China berichtet. Die Protestgruppen, die Inhalte und Methoden sowie die Reaktionen der Regierung wurden zunehmend vielfältiger, daher hat dieses gesellschaftliche Phänomen nunmehr auch die Aufmerksamkeit der Medien, des Staates und der Wissenschaft auf sich gezogen. Dieser Artikel konzentriert sich auf kollektive Proteste von ArbeiterInnen in China. Zum einen werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Proteste von ArbeiterInnen und anderen gesellschaftlichen Gruppen herausgearbeitet, und zum anderen werden die Unterschiede von ArbeiterInnenprotesten in unterschiedlichen Sektoren analysiert. Dabei wird auch die zeitliche Entwicklung berücksichtigt, indem die Entwicklungstendenzen von kollektiven Protesten im letzten Jahrzehnt untersucht werden.

Die zentralen Fragen für die Analyse von kollektiven Protesten lauten: 1. Welche wesentlichen Eigenschaften weisen sie auf, welche unterschiedlichen Typen gibt es, und welchen Verlauf nehmen sie? Es geht also um die Fragen: »Wer protestiert?«, »Warum wird protestiert?« und »Wie wird protestiert?«. 2. Welche Unterschiede hinsichtlich der Inhalte und Formen von Protesten – in zeitlicher und räumlicher Perspektive – gibt es? Konkreter gesagt, welche Veränderungstendenzen wiesen kollektive Proteste in den letzten zehn Jahren auf? Welche Unterschiede sind zwischen einzelnen Sektoren und gesellschaftlichen Gruppen festzustellen? 3. Wie können die zeitlichen und räumlichen Unterschiede dieser kollektiven sozialen Proteste erklärt werden? Wie beeinflussen die Regierungspolitik sowie behördliche Maßnahmen die Entstehung und die Entwicklung von kollektivem sozialem Protest? Welche externe Veränderungen, Strukturen und Institutionen wirken auf die Entstehung, die Formen und die Veränderungen von sozialen Protesten ein?

Kollektive Proteste im heutigen China sind eine Form kollektiven Handelns. Wie auch soziale Bewegungen und Revolutionen zählen sie zu der in der

Fachliteratur so bezeichneten »widerständigen Politik« (*contentious politics*). Sie sind also eine Art des kollektiven politischen Widerstands, bei dem durch kollektives Handeln Unzufriedenheit ausgedrückt und um Rechte und Interessen gekämpft wird. Die Entstehung und Entwicklung von sozialen Bewegungen wird durch deren Interaktion mit dem Staat beeinflusst und geprägt. Gestützt auf empirisches Datenmaterial legt dieser Artikel die zeitlichen und räumlichen Unterschiede und Veränderungen von kollektiven Protesten und insbesondere ArbeiterInnenprotesten im Zeitraum von 2000 bis 2012 dar. Die Entwicklung dieser Proteste spiegelt einen pfadabhängigen Interaktionsprozess zwischen Staat und Gesellschaft wider. Damit wird deutlich, dass soziale Proteste auch auf die zukünftige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft einwirken werden.

Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft als analytischer Rahmen

Der wesentliche Hintergrund meiner Argumentation ist, dass sich in das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in China während der letzten zwanzig Jahre bedeutend verändert hat und diese Veränderungen den Charakter und die Entwicklung der kollektiven sozialen Proteste geformt haben (Zhao 2000, 2001, 2007). Der Staat weist nach wie vor einen totalitären Charakter auf und unterdrückt weiterhin alle individuellen und kollektiven Handlungen, welche die Legitimität der Kommunistischen Partei in Frage stellen. Allerdings ist die politische Kontrolle des Staates unzureichend, um die Ausweitung nicht-staatlicher Bereiche einzudämmen und die Privatsphäre der Bevölkerung effektiv und vollständig zu durchdringen. Obwohl der Staat über eine ausgeprägte Autonomie verfügt, folgen staatliche Maßnahmen keineswegs einer einheitlichen Linie, sondern weisen Widersprüche auf. Die Fähigkeit zur Koordination zwischen den verschiedenen staatlichen Organen hat abgenommen. Staatliche politische Richtlinien sind stets das Ergebnis der Konkurrenz von verschiedenen staatlichen Institutionen mit jeweils unterschiedlichen Interessen. Eine vereinheitlichende Führung durch das Zentralkomitee der Partei ist nicht mehr gegeben, und die Führungskapazität der Zentralregierung gegenüber anderen staatlichen Institutionen und den Lokalregierungen verschiedener Ebenen hat abgenommen. Auch die Macht- und Interessenverhältnisse zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen haben sich deutlich verändert. All dies zeigt die bedeutende Transformation des chinesischen Staates seit Beginn der 1990er Jahre.

Die Gesellschaft ist bis heute von einem Stadt-Land-Dualismus charakterisiert. Außerdem haben BewohnerInnen der Städte und des Landes unterschiedliche

staatsbürgerschaftliche Rechte. Das Verhältnis zwischen Stadt und Land, zwischen Küstenregionen und Landesinnerem, sowie zwischen unterschiedlichen Beschäftigungsgruppen ist durch eine ungleiche gesellschaftliche Entwicklung gekennzeichnet. In der urbanen Gesellschaft wird mit der Auflösung des *danwei*-Systems¹ zunehmend das soziale Netz von Familien- und Privatbeziehungen zum Kern gesellschaftlicher Organisationsformen. Organisationen in den Wohnvierteln, gesellschaftliche Vereinigungen und freiwillige Zusammenschlüsse sind nicht weit verbreitet, kaum aktiv und auch nicht vielfältig. Die bestehenden gesellschaftlichen Organisationen unterstehen der Regierung. Sie haben die Funktion, die soziale Kontrolle auszuüben, und sind nicht mit selbstbestimmten zivilgesellschaftlichen Organisationen gleichzusetzen, die im Westen verbreitet sind.

Internet- und Mobiltelefonetchnologien ermöglichen eine zunehmend schnelle Zirkulation von Informationen; WanderarbeiterInnen (*nongmingong*) und zeitweilige EinwohnerInnen (*liudong jumin*) ohne reguläre städtische EinwohnerInnenmeldung (*hukou*) werden zu einem Teil der urbanen Gesellschaft, aber sie sind vor Ort von staatsbürgerschaftlichen Rechten, wie etwa dem Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und sozialer Absicherung, nach wie vor ausgeschlossen. Auch die Gesellschaft auf dem Land hat eine enorme Transformation erfahren: Die Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse aus der Periode der sozialistischen Kollektivierung haben ihre Wirkung eingebüßt. Traditionelle Klanstrukturen und Familienorganisationen werden in einigen Regionen zu Kernelementen der gesellschaftlichen Beziehungen; eine große Zahl an Bauern und Bäuerinnen im Landesinneren migriert in andere Provinzen und verlässt damit nicht nur ihr Dorf, sondern kehrt auch der Landwirtschaft den Rücken. Wohlhabende Dörfer in den Küstenregionen werden in rasantem Tempo urbanisiert. WanderarbeiterInnen strömen in großer Zahl in die Städte und versuchen zunehmend, sich dort auch langfristig niederzulassen.

Für die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft, wie sie sich auf der Ebene der Wirtschaft, der Politik und des Wertesystems entfaltet, ist die zentrale Frage jene nach der Anerkennung der Legitimität staatlicher Macht durch die Bevölkerung. Im Anschluss an die Konzeptionalisierung durch Max Weber (1978) wurde »Legitimität« zu einem zentralen Konzept in soziologischen und politikwissenschaftlichen Analysen. In diesem Artikel folge ich der Argumentation von Zhao (2009b, 2010), demzufolge die Legitimation durch Performanz neben

1. Die *danwei* ist die Arbeitseinheit, in der alle chinesischen StadtbewohnerInnen bis zu den Reformen der städtischen Kollektive organisiert waren, und die ihnen neben lebenslangen Arbeitsplätzen unter anderem auch Unterkunft, soziale Sicherheit und medizinische Versorgung und Renten garantierte.

der legalen und auf Wahlen basierenden Legitimation sowie der ideologischen Legitimation eine wesentliche Dimension staatlicher Legitimität darstellt. Seit Beginn der Reformen wurde die auf Ideologie basierende Legitimität des totalitären politischen Systems in China zunehmend durch eine auf Performanz basierende Legitimität ersetzt (Zhao 2007). Seit Anfang der 1980er Jahre beruht die Legitimität der chinesischen Regierung weder auf den Gesetzen und Verordnungen eines demokratischen Regimes (legal-rational) noch auf der Ideologie aus der Zeit der Revolution. Stattdessen basiert sie auf Performanz, also Wirtschaftswachstum, moralischem Verhalten und militärischer Macht.

In den letzten Jahren wurde auch der Faktor soziale Gerechtigkeit in Form von Gleichberechtigung und Harmonie als weiterer Bestandteil der Effizienz des Staates charakterisiert. Gegenwärtig nimmt die Effizienz staatlicher Organisationen in der Wahrnehmung der chinesischen Bevölkerung rapide ab, und dies beeinträchtigt die Legitimationsgrundlage der Regierung auf allen Ebenen. Den einzelnen Behörden der Zentralregierung aber auch den Lokalregierungen im Verhältnis zur Zentralregierung wird in einem klar unterschiedlichen Ausmaß Legitimität zuerkannt. Dies ist der Kontext für die kollektiven Kämpfe und Forderungen. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in China bedeutend verändert, und dies hat den Charakter der kollektiven sozialen Proteste geprägt.²

Arbeitskonflikte und deren Beilegung im heutigen China

Die Arbeitsbedingungen und -konflikte in China werden sowohl von globalen wirtschaftlichen Entwicklungen als auch vom politischen System Chinas geprägt.³ Zum einen befindet sich die verarbeitende (Export-)Industrie Chinas seit Beginn der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008 und insbesondere seit 2010 in einem Abwärtstrend. Die Unternehmen mit ausländischem Kapital in den küstennahen Gebieten erhielten weniger Aufträge, es gab keine Möglichkeit für Lohnerhöhungen, und es kam sogar zu Betriebsschließungen und -verlagerungen. Dies führte zu einer größeren Zahl an Arbeitskonflikten (CLB 2009, 2011).⁴ Zum anderen erließ die chinesische Regierung im Jahr 2008 das Arbeitsvertragsgesetz und das Gesetz über Schlichtungs- und Schiedsverfahren bei Arbeitskonflikten, um das bisher zuungunsten der ArbeiterInnen bestehende

2. Für weiterführende Studien hierzu siehe Chan (2011), Cai (2011), Liu (2006), O'Brien/Li (2006), O'Brien (2008), Sun/Zhao 2007, Zhou (2000, 2001) und Zhou (1993).

3. Für die Analyse der Auswirkungen des globalen Kapitalismus auf die Arbeitsverhältnisse und die ArbeiterInnenbewegung in China siehe Chan (2011a), Hung (2009) und Hurst (2009).

4. Dies wurde auch in zahlreichen Nachrichtenmeldungen dokumentiert, siehe etwa Anderlini (2011a, 2011b), Jacob (2011a, 2011b) und Orlik (2011, 2012).

Machtgefälle auszugleichen. Mit rechtlichen Maßnahmen sollten dem Kapital neue Beschränkungen auferlegt und den ArbeiterInnen zusätzliche Mittel zur Absicherung ihrer Rechte und Interessen sowie zur Beilegung von Arbeitskonflikten geboten werden (Chan 2011b). Im selben Zeitraum kam es zu einer Wende im Verhältnis von Angebot und Nachfrage an billiger Arbeitskraft: Das Kapital ist auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr in einer übermächtigen Position. Bauern und Bäuerinnen, die auf der Suche nach Arbeit in die Städte ziehen, haben eine zunehmend größere Auswahl an Beschäftigungsmöglichkeiten, und das Kapital sieht sich bei der Anwerbung von ArbeiterInnen damit konfrontiert, mit höheren Lohnangeboten um die Arbeitskräfte konkurrieren zu müssen. Die negative Entwicklung der Weltwirtschaft, die Einführung gesetzlicher Bestimmungen zum Schutz der Rechte und Interessen von ArbeiterInnen sowie der Arbeitskräftemangel, gemeinsam mit dem Anstieg der Löhne, können daher als die drei zentralen Faktoren bezeichnet werden, die das Kapital unter Druck setzen. ArbeitgeberInnen in China und insbesondere Unternehmen mit ausländischem Kapital sind mit dem größten wirtschaftlichen Druck seit den 1990er Jahren konfrontiert.⁵

In den letzten zwei Jahrzehnten kamen zahlreiche junge Menschen vom Land in die Städte, um Arbeit zu suchen. Sie waren mit den strengen Bestimmungen des EinwohnerInnenmeldewesens und den Disparitäten zwischen Stadt und Land konfrontiert und durften sich in den Städten nicht dauerhaft niederlassen. Gleichzeitig nahm das Bewusstsein der ArbeiterInnen über ihre Rechte und Interessen allmählich Form an. Internet und Mobiltelefone beschleunigten die Zirkulation von Informationen. Individueller Widerstand und kollektive Proteste stellten in vielen Fällen keine spontanen, intuitiven Handlungen dar, sondern waren sorgfältig geplant und organisiert. Auch die Proteststrategien wurden dabei zunehmend optimiert.

Vor diesem Hintergrund nahm die Zahl an Arbeitskonflikten weiter zu. Die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen bestärkten die ArbeiterInnen darin, im Kampf um ihre Rechte und Interessen unterschiedliche legale Kanäle zu nutzen. Waren sie jedoch der Meinung, dass diese keine Unterstützung boten oder trotz Versuche ohne Ergebnis blieben, so wählten sie Methoden des kollektiven Protests jenseits des legalen Rahmens.

Im heutigen China kann man bei der Austragung und Beilegung von Arbeitskonflikten zwischen Methoden innerhalb und Methoden außerhalb des legalen

5. Am 20. November 2012 verlautbarte die chinesische Regierung, dass die ausländischen Direktinvestitionen aufgrund des Anstiegs der Lohnkosten das elfte Mal in zwölf Monaten gesunken waren. Das Wirtschaftswachstum drohte, auf den niedrigsten Stand seit dreizehn Jahren zu sinken. (*China Daily*, 20. November 2012, www.chinadaily.com.cn/business/2012-11/20/content_15944034.htm).

Rahmens unterscheiden. Methoden innerhalb des legalen Rahmens umfassen Gerichtsverfahren, behördliche Schiedsverfahren, Petitionen, bilaterale Beratungen (zwischen Unternehmen und Gewerkschaften) und trilaterale Schlichtungsverfahren (zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und behördlichen Schlichtungskomitees; Chen 2004; Gallagher 2005, 2006). Methoden außerhalb des legalen Rahmens sind kollektive Proteste, wie Arbeitsniederlegungen, Sitzstreiks, Demonstrationen und Straßenblockaden (Lee 2007; CLB 2009, 2011).

Behördliche Schiedsverfahren und Gerichtsverfahren sind die von ArbeiterInnen am häufigsten genutzten legalen Methoden zur Beilegung von Arbeitskonflikten und werden derzeit von der chinesischen Regierung auch mit großem Nachdruck gefördert. Allerdings benötigt man für diesen Weg die Unterstützung von spezialisierten oder bevollmächtigten RechtsanwältInnen, und man muss einer formalen und geordneten Vorgehensweise folgen sowie umfangreiches Beweismaterial vorlegen. Auch bei Beratungen und Schlichtungen können Gesetzesparagrafen angeführt und spezialisierte AnwältInnen konsultiert werden. Man muss in diesem Fall zwar nicht einem genau vorgegebenen, rechtlichen Prozedere folgen, allerdings sind dafür die Entscheidungen oft nicht bindend (Chen/Xu 2012).

Nach offiziellen Statistiken aus dem Jahr 2011 betrug die Zahl der WanderarbeiterInnen insgesamt etwa 252,8 Millionen. Dies stellte eine Zunahme von über 10,6 Millionen (oder 4,4 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr dar. Darunter migrierten mehr als 158,6 Millionen Menschen über die Grenzen des Kreises hinweg, in denen sie gemeldet sind. Dies ist eine Zunahme von mehr als 5,2 Millionen (oder 3,4 Prozent). Der Anteil der WanderarbeiterInnen, die mit ihren ArbeitgeberInnen einen Arbeitsvertrag unterzeichnet haben, liegt bei 43,8 Prozent, das heißt noch immer ist mehr als die Hälfte der WanderarbeiterInnen nicht durch einen Arbeitsvertrag abgesichert. 14 Prozent der ArbeitgeberInnen führen für die WanderarbeiterInnen die Beiträge für die Rentenversicherung ab, 24 Prozent die für die Arbeitsunfallversicherung, 17 Prozent die für die Krankenversicherung, 8 Prozent die für die Arbeitslosenversicherung und 6 Prozent die für die Mutterschaftsversicherung. Der Großteil der WanderarbeiterInnen verfügt also über keine soziale Absicherung (NBS 2011). Diese enorm große Gruppe an WanderarbeiterInnen kann zu einer Quelle sozialer Unruhe werden. Deshalb hat die chinesische Regierung in den letzten Jahren in großem Maßstab »Rechtsstaatlichkeit« propagiert und gesetzgeberisch in Konflikte zwischen Arbeit und Kapital auf betrieblicher Ebene eingegriffen. Aufgrund zahlreicher Hürden ist es ArbeiterInnen jedoch kaum möglich, kollektiv Gerichtsverfahren anzustreben. Die wichtigsten Fragen bei Arbeitskonflikten, wie etwa Lohnerhöhungen,

Kompensationszahlungen bei Betriebsverlagerungen und Abfindungen, betreffen keine Gesetzesverstöße der ArbeitgeberInnen und können daher auch nicht auf rechtllichem Weg gelöst werden. Tatsächlich werden rechtliche Maßnahmen daher häufig bei individuellen Problemen, wie Abfindungen, ausstehenden Löhnen oder Entschädigungszahlungen nach Arbeitsunfällen, zur Anwendung gebracht. Außerdem wählen ArbeiterInnen, die weiterhin in ihrem Betrieb beschäftigt bleiben wollen, kaum die im rechtlichen Rahmen verfügbaren Kanäle, um Konflikte zu lösen. Daher sind die Möglichkeiten, Arbeitskonflikte im legalen Rahmen beizulegen, auch sehr begrenzt, und es existieren große Hürden für ArbeiterInnen, die den Rechtsweg beschreiten wollen. Die am häufigsten eingesetzte und rascheste Methode zur Lösung von Arbeitskonflikten ist daher der außerhalb des legalen Rahmens stehende kollektive Protest (Chen/Xu 2012; China Labour Bulletin 2009, 2011).

Datenmaterial

Kollektive Proteste sind in der heutigen chinesischen Gesellschaft immer noch ein sehr sensibles Thema. Es gibt keine öffentlich zugänglichen vollständigen Daten, und es ist auch zu bezweifeln, ob staatliche Behörden (wie das Ministerium für öffentliche Sicherheit, das Arbeitsministerium oder das Verwaltungsministerium) über vollständige, verlässliche Daten verfügen. Die zugänglichen offiziellen Daten können nur einen oberflächlichen Eindruck vermitteln; ihr Informationsgehalt ist eingeschränkt. Das Material, das in dieser Studie verwendet wird, entstammt einer Nachrichtendatenbank, die von der Forschungsgruppe des Autors selbst erstellt wurde. In dieser Datenbank wurden möglichst umfassend Medienberichte über kollektive Proteste auf dem chinesischen Festland zusammengetragen. Die Daten entstammen elektronischen Mediendatenbanken (*WiseNews*, *China News Agency*, *Epoch Times*, *dwnews.com*), chinesischen Nachrichtenwebsites (*Human Rights in China*, Seiten von ArbeiterInnenorganisationen, *Boxun*), Online-Medien und Printmedien. Bei der Kodierung verwendeten wir den »Zwischenfall« als Einheit, d. h. auch wenn über einen Protest in mehreren Medien oder über viele Tage hinweg berichtet wurde, so nahmen wir ihn dennoch nur als einen Zwischenfall in die Datenbank auf. Zu unserer Definition von kollektiven Protesten zählen »kollektive Proteste«, »kollektiver Widerstand« und »Unruhen«. Nicht darunter fallen »friedliche, kollektive Petitionen« sowie »Gruppenraufereien«, »Schlägereien« und andere Zusammenrottungen ohne klaren Gegenstand. Für den Zeitraum von 2000 bis 2012 umfasst diese Nachrichtendatenbank bereits fast 4000 Fälle von kollektiven Protesten, von denen sich mehr als 2800 in Städten und mehr als 900 auf

dem Land ereigneten.

Für die Aufnahme eines Zwischenfalls in die Datenbank mussten vier formelle Kriterien erfüllt sein: Es musste sich um einen kollektiven Protest handeln (d. h. mehr als fünf Personen mussten involviert sein), von den involvierten Personen mussten Forderungen erhoben werden, er musste eine konfrontative Form annehmen, und er musste öffentlich sein. Viele der Zwischenfälle hatten keinen konfrontativen Charakter, wie etwa das Verfassen von Beschwerdebriefen oder die Abhaltung von Pressekonferenzen, und wurden daher nicht aufgenommen. Andere waren nicht öffentlich, wie etwa Bandenkämpfe oder Massenschlägereien. Petitionen wurden nur aufgenommen, wenn sie über den gewöhnlichen legalen Rahmen hinausgingen (wie etwa im Fall von Demonstrationen oder Sitzstreiks vor Regierungsgebäuden). Die Daten zu den kollektiven Protesten wurden von einer Gruppe wissenschaftlicher MitarbeiterInnen (DoktorandInnen) aus verschiedenen chinesischen Zeitungen und Nachrichtenplattformen ermittelt. Mittels Schlagwortsuche wurde zunächst nach kollektiven Protesten recherchiert, anschließend wurden jene Fälle identifiziert, welche die genannten Kriterien aufwiesen, und schließlich wurden die Berichte ihrem Inhalt entsprechend kodiert.

Entsprechend der Form einer quantitativen Datenbank bestimmten wir Variablen und Werte und gelangten so zu ersten Rohdaten. Der Inhalt der Berichte wurde in numerische Daten übersetzt. Diese umfassen unter anderem Datum und Ort (Provinz bzw. Stadt) des Zwischenfalls, die teilnehmende gesellschaftliche Gruppe, den Inhalt und die Form des Protests, die Anzahl der TeilnehmerInnen und deren Charakteristika, die Reaktion der polizeilichen Sicherheitskräfte sowie die entsprechenden Nachrichtenquellen.

Die Methode, Medienberichte als Quelle für eine Untersuchung kollektiver Proteste heranzuziehen, ist in Europa und den USA bereits sehr verbreitet. Es gibt auch bereits zahlreiche Studien, die auf dieser Basis soziale Bewegungen international vergleichen.⁶ Es war für uns sehr wertvoll, von den westlichen Erfahrungen und Methoden – und nicht zuletzt auch von den Problemen im

6. Das beste Beispiel für länderübergreifende Studien zu diesem Thema ist der von Kriesi und seinen Kollegen durchgeführte Vergleich von neuen sozialen Bewegungen in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz (im Zeitraum von 1975 bis 1989; Kriesi et al. 1995). Andere verwendeten die Methode der Analyse von Protesten für die Untersuchung von gesellschaftlichen Bewegungen und kollektiven Protesten der Jahre 1989 bis 1993 in den postsocialistischen Gesellschaften Osteuropas (Ungarn, Deutschland, Polen und Slowakei; Ekiert/Kubik 1998). In den USA werden Medienberichte noch öfter für die Analyse gesellschaftlicher Bewegungen verwendet. Beispiele für Studien zur Innovation in und Verbreitung von Proteststrategien sind McAdam (1983) und Soule (1997). Es gibt auch Arbeiten zur Unterdrückung und Kontrolle von Widerstand (Earl et al. 2003; Koopmans 1997) sowie zu den Adressaten von kollektiven Protesten (Martin et al. 2009; Walker 2008).

Umgang mit Nachrichtendatenbanken – zu lernen. China unterscheidet sich jedoch aufgrund der Größe des Landes und der Bevölkerung sowie in Hinblick auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse (Ein-Parteien-Diktatur, Zensur) deutlich von westlichen Industriegesellschaften. Daher weist auch die Nachrichtendatenbank zu kollektiven Protesten im Vergleich zu jenen in westlichen und demokratischen Staaten besondere Charakteristika und Einschränkungen auf.

Die größten Schwierigkeiten bei der Arbeit mit derartigen Datenbanken sind Auswahlverzerrungen sowie Verzerrungen bei der Beschreibung von Ereignissen. Mit Auswahlverzerrung (*selection bias*) ist gemeint, dass Medien nicht über »alle« Zwischenfälle berichten, und die Berichterstattung selbstverständlich weder stichprobenartig erfolgt noch auf Repräsentativität bedacht ist. Aufgrund diverser Faktoren werden kollektive Proteste von den Medien nicht gleichermaßen berücksichtigt. In kapitalistischen, demokratischen Staaten liegt der Hauptgrund dafür, dass über ein bestimmtes Ereignis berichtet wird, gemeinhin in dessen »Nachrichtenwert« (Earl et al. 2004; Ortiz et al. 2005). Auch andere medienspezifische Faktoren, wie bestimmte mediale Gewohnheiten und Spezifika des Produktionsprozesses (etwa die relativ hohe Wahrscheinlichkeit, dass am Montag über Zwischenfälle an einem Sonntag berichtet wird), sowie der Charakter der JournalistInnen und des Mediums (die Nähe zur Partei oder zu Interessengruppen) können die Auswahl bei der Berichterstattung beeinflussen (Oliver/Myers 1999).

Diese Faktoren führen auch in chinesischen Medien zu einer Auswahlverzerrung bei der Berichterstattung über kollektive Proteste. Hinzukommt, dass die Medienlandschaft im heutigen China der Kontrolle der Ein-Parteien-Diktatur unterliegt und gleichzeitig von marktwirtschaftlichen Interessen angetrieben wird. Ersteres führt dazu, dass Berichte über kollektive Proteste unterdrückt werden, während Zweiteres der Hauptgrund dafür ist, dass diesbezügliche Medienberichte doch vermehrt veröffentlicht werden. Die offiziellen, staatlichen Medien können nicht aktiv über kollektive Proteste berichten, in einigen regionale Medien (wie etwa in der *Nanfang dusbi bao / Southern Metropolis Daily*) finden sich jedoch aufgrund ihrer marktwirtschaftlichen Leitung und der zunehmenden Professionalisierung der Medienarbeit häufiger entsprechende Meldungen.

Das bedeutendste Charakteristikum der Nachrichten-Datenbank zu kollektiven Protesten in China ist dennoch ein *underreporting*. Neben politischen Faktoren trägt auch Größe des Landes und der Bevölkerung unbestreitbar dazu bei, dass viele kollektive Proteste nicht öffentlich bekannt werden. In den

vergangenen Jahren erlangten Handys, Videos und das Internet einen immensen Einfluss; über besonders große und heftige Auseinandersetzungen war häufig zuerst auf neuen Medien wie Blogs, *Twitter* und *Sina Weibo*⁷ zu lesen, wobei diese Informationen in der Folge auch eine entsprechende Medienberichterstattung anregen.

Hinsichtlich der Verzerrung bei der Beschreibung von Ereignissen (*description bias*) ist festzuhalten, dass bei Berichten über Widerstand aufgrund der Haltung der Medien (beeinflusst durch die Abwägung unterschiedlicher Interessen und des Standpunktes der Partei), der Meinungen und Präferenzen der JournalistInnen sowie weiterer Faktoren häufig Abweichungen vom realen Geschehen zu beobachten sind. Einen *description bias* bei Nachrichten über kollektive Proteste gibt es sowohl in demokratischen als auch in autoritären Staaten. Um den negativen Einfluss derartiger Verzerrungen zu minimieren, konzentrieren sich die ForscherInnen auf die »harten Fakten«, wie etwa den Zeitpunkt, den Ort, die protestierende Gruppe, die Anzahl der beteiligten Personen und die Form des Protestes. Diese Informationen sind in geringerem Ausmaß von Verzerrungen betroffen. Dies gilt auch für Nachrichten über kollektive Proteste in China: Man ist mit einem *description bias* konfrontiert, doch die »harten Fakten« leiden nicht so sehr darunter.

Zahlreiche wichtige Fragen über kollektive Proteste können auch die Daten aus den Medien nicht beantworten. Dazu gehören etwa die Reaktionen jener, gegen die sich die Proteste richten, die Vorbereitungen im Vorfeld der Proteste, die Entwicklungen im Anschluss daran, die Organisationsform der Proteste, die internen Entscheidungsprozesse und die individuellen Eigenschaften der ProtestteilnehmerInnen und -anführerInnen. Durch über viele Jahre hinweg gesammeltes Nachrichtenmaterial können allerdings Entwicklungen und Trends in Bezug auf soziale Bewegungen erkannt werden. Es gibt zwar weiterhin wenige Berichte über kollektive Proteste in China, doch in den letzten Jahren kamen immer mehr elektronische Nachrichtendatenbanken, die den ForscherInnen bei der Volltext-Schlagwortsuche nützlich waren und dazu beitrugen, dass eine große Anzahl von Zwischenfällen gesammelt werden konnte. Dadurch war es möglich, den negativen Einfluss der Auswahlverzerrung sowie der Verzerrung bei der Beschreibung der Ereignisse auf die Analyse und auf die Schlussfolgerungen zu minimieren.

Natürlich ist diese Datenbank zu kollektiven Protesten in China im Vergleich zu ähnlichen Datenbanken in demokratischen Ländern dennoch deutlich mehr

7. *Sina Weibo*, oder kurz *Weibo*, ist der Name des größten *Twitter*-ähnlichen Mikroblogging-Dienstes in China.

Restriktionen unterworfen. Die Fläche Chinas ist enorm, und es kann täglich zu größeren oder kleineren kollektive Protesten kommen, die der Außenwelt unbekannt bleiben und über die schon gar nicht in den Medien berichtet wird. Die Zahl der Zwischenfälle, die in der Datenbank erfasst sind, ist mit Sicherheit weit geringer als die Zahl jener, die sich tatsächlich ereigneten. Sie sind nur die Spitze des Eisberges, und man kann keine zu weitreichenden Schlussfolgerungen aus ihnen ziehen. Andererseits enthalten Medienberichte über soziale Proteste trotz ihrer Mängel »harte Fakten«, aus denen wir gewisse Schlüsse ziehen können. Wenn man die gesellschaftlichen Kräfte, den sozialen Widerstand und die kollektiven Bewegungen im heutigen China verstehen möchte, so sind Nachrichtendatenbanken zu kollektiven Protesten hierfür eine der umfassendsten und reichhaltigsten Quellen.

Massenproteste und ArbeiterInnenproteste in China

Im Folgenden werden zunächst die Inhalte und Veränderungstendenzen der kollektiven Proteste aus den letzten zehn Jahren dargestellt und ihre Charakteristika beleuchtet. Anschließend wird der Fokus auf die Charakteristika von ArbeiterInnenprotesten und die Unterschiede zwischen einzelnen Sektoren gelegt.

1. Protestgruppen und -inhalte

Die wichtigsten Fragen in Bezug auf kollektive Proteste lauten: »Wer protestiert?«, »Warum wird protestiert?« und »Welche Veränderungen gab es in den letzten zehn Jahren?«. Die gesellschaftlichen Gruppen und Forderungen in diesen Protesten spiegeln die gesellschaftlichen Widersprüche und Interessenskonflikte im gegenwärtigen Transformationsprozess in China wider. In der Datenbank für diese Studie differenzierten wir zunächst zwischen ländlichen und städtischen Konflikten. Unser Datenmaterial zeigt, dass zwischen 2000 und 2012 über mehr als 2800 Protestfälle in Städten und über mehr als 900 Zwischenfälle in ländlichen Regionen berichtet wurde. Da das Thema des vorliegenden Beitrags die Proteste von ArbeiterInnen sind, liegt der Fokus im Folgenden auf den städtischen Konflikten, und es werden keine Daten zu ländlichen Konfliktfällen präsentiert. Die Tabellen 1 und 2 zeigen den sozialen Hintergrund der Beteiligten an kollektiven Protesten im urbanen Raum. Zu den wichtigsten sozialen Grundlagen und Kohäsionsfaktoren für Gruppen, die im städtischen Raum Proteste durchführten, gehört die Berufszugehörigkeit. Von den Fällen, die dieser Analyse zugrunde liegen, war in einem Zeitrahmen von zwölf Jahren (2000–2012) etwa die Hälfte der kollektiven Proteste in den Städten Proteste von Werktätigen. 41 Prozent aller kollektiven Proteste wurden von ArbeiterInnen initiiert,

zwölf Prozent von Angestellten. Ein Drittel der Zwischenfälle war auf »Gruppen, deren Rechte verletzt wurden« zurückzuführen, darunter WohnungsbesitzerInnen (acht Prozent), BittstellerInnen (sechs Prozent), von Umsiedlungen betroffene Menschen (fünf Prozent) und Studierende (vier Prozent). Kollektive Proteste von religiösen Gruppen und nationalen Minderheiten kamen zusammen auf vier Prozent, sogenannte Massenproteste und -unruhen auf ein Prozent (Tabelle 1).

Unter den von ArbeiterInnen getragenen kollektiven Protesten wurden 14 Prozent von ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen durchgeführt. Das ist die größte und historisch am längsten bestehende Gruppe. Danach folgten die Proteste von ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital (10 Prozent), von ArbeiterInnen in der Privatwirtschaft (9 Prozent) und von KraftfahrerInnen (7 Prozent). Die kollektiven Proteste von Angestellten machten 12 Prozent aus, die wichtigsten Gruppen unter ihnen – mit einem Anteil von etwa 6 Prozent – waren LehrerInnen und ehemalige SoldatInnen (Tabelle 1).

Die statistischen Daten in Tabelle 2 zeigen die Veränderung in der Anzahl kollektiver Proteste nach gesellschaftlichen Gruppen im Laufe der vergangenen zwölf Jahre. In den Jahren 2000 bis 2003 waren die HauptträgerInnen der Proteste ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen. Jährlich wurde etwa über 20 derartiger Proteste berichtet. Meldungen über Proteste anderer Gruppen im selben Zeitraum gab es, wenn überhaupt, nur sehr vereinzelt.

Ab 2004 kam es zu einer »Pluralisierung« der kollektiven Proteste im urbanen Raum. Die soziale Zusammensetzung der Protestierenden in den Städten weitete sich von den ArbeiterInnen in Staatsbetrieben und von Umsiedlungen betroffenen Personen auf WanderarbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital, ArbeiterInnen in der Privatwirtschaft und Studierende aus. In weiterer Folge kam es zu einer neuerlichen Ausbreitung hin zu Protesten für öffentliche Interessen und zu spontanen Protesten. Ab 2007 vervielfachte sich die Anzahl der Berichte über kollektive Proteste, vor allem jene von ArbeiterInnen verzeichneten einen wesentlichen Zuwachs. Die Zahl der Proteste von ArbeiterInnen im privaten Sektor und in Unternehmen mit ausländischem Kapital war nun deutlich höher als jene von ArbeiterInnen in Staatsbetrieben. Die Proteste von LehrerInnen und ehemaligen SoldatInnen begannen ab 2007 ebenfalls explosiv anzusteigen. Aus diesen Zahlen lässt sich der Trend ableiten, dass ArbeiterInnenproteste in China ab Mitte der 2000er Jahre einen vielfältigeren und weitreichenderen Charakter annahmen. Während es sich zuvor vor allem um Proteste von ArbeiterInnen in Staatsbetrieben handelte, weiteten sie sich auf ein breites

Spektrum an ArbeiterInnen in Unternehmen mit unterschiedlichen Eigentumsformen und in unterschiedlichen Klassenlagen aus. Sie alle gehen auf die Straße oder greifen zu Streiks und anderen kollektiven Aktionen, um ihre Unzufriedenheit auszudrücken sowie für ihre Rechte und Interessen zu kämpfen (Tabelle 2).

Dass ArbeiterInnen die Hälfte aller sozialen Proteste trugen, ist eine Folge der Umstrukturierung von Staatsbetrieben sowie der politischen Maßnahmen in Bezug auf ausländische Kapitalinvestitionen seit den 1990er Jahren. Ende der 1990er Jahre bildeten die Umstrukturierung und Privatisierung von staatlichen Unternehmen den Schwerpunkt der Reformen. Eine große Zahl an ArbeiterInnen wurde im Zuge dessen »freigesetzt« (*xiagang*) und arbeitslos. Dies ist der Grund dafür, dass ArbeiterInnen in staatlichen (und kollektiven) Unternehmen Anfang der 2000er Jahre die Hauptrolle in kollektiven Protesten einnahmen. Ihre wichtigsten Forderungen betrafen Entschädigungszahlungen und den Schutz ihrer Rechte: Erstere bezogen sich auf ausbleibende Löhne, Abfertigungen und Renten; letztere bestanden vor allem im Widerstand der Beschäftigten gegen die Privatisierung der Unternehmen und nahmen besonders deutlich ab

Tabelle 1: Massenproteste in chinesischen Städten nach Gruppen, 2000–2012

	(Anzahl der gemeldeten Zwischenfälle; %)			
	Anzahl	(Anzahl)	%	(%)
ArbeiterInnen	1143		41	
ArbeiterInnen im privaten Sektor		264		9,4
KraftfahrerInnen		195		7,0
ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen		394		14,0
ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital		290		10,3
Angestellte	344		12	
Entlassene LehrerInnen nicht-staatlicher Schulen		87		3,1
LehrerInnen in öffentlichen Schulen		56		2,0
Demobilisierte SoldatInnen		71		2,5
Bürgerrechtsgruppen	943		34	
HausbesitzerInnen		233		8,3
BittstellerInnen		164		5,8
Von Umsiedlungen Betroffene		147		5,2
StudentInnen		105		3,7
Massen	253		9	
Religiöse Gruppen und nationale Minderheiten	122		4	
Gesamt	2805		100	

Anmerkung: Die Daten für 2012 beziehen sich auf den Zeitraum von Januar bis April.

Quelle: Datenbank des Autors zu Nachrichten über Massenproteste in China.

dem Jahr 2003 zu. Insgesamt betrachtet wurden die vormals unter dem traditionellen sozialistischen *danwei*-System geschützten ArbeiterInnen im Staats- und Kollektivsektor zu den direkten Opfern der Umstrukturierungen und Privatisierungen im letzten Jahrzehnt. Zu beachten ist dabei, dass der Umbau des staatlichen Sektors auch im Jahr 2010 noch nicht beendet war und es nach wie vor zahlreiche Proteste von Beschäftigten in staatlichen Betrieben gab. 2010 überstieg die Zahl der Proteste in Unternehmen mit ausländischem Kapital jedoch jene im Staats- und Kollektivsektor. WanderarbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital und in Privatbesitz haben mittlerweile die traditionellen sozialistischen ArbeiterInnen in den Städten als HauptträgerInnen von ArbeiterInnenprotesten abgelöst.

Tabelle 3 präsentiert die Inhalte von kollektiven Protesten und zeigt die entsprechenden Veränderungen in zwei Zeitabschnitten (2000 bis 2007 und 2008 bis 2012) auf. In der ersten Spalte sind die Inhalte der Massenproteste aller gesellschaftlichen Gruppen im urbanen Raum insgesamt angeführt. Die Hälfte aller Proteste war von ökonomischen Forderungen gekennzeichnet. Im Zeitraum von 2000 bis 2007 machten Konflikte mit ökonomischen Forderungen 45 Prozent aus, während ihr Anteil zwischen 2008 und 2012 auf 55 Prozent stieg. Sie bezogen sich vor allem auf Löhne, Renten und Entschädigungszahlungen. Unter den nicht-ökonomischen Forderungen nahmen rechtliche Forderungen den größten Stellenwert ein. Der Anteil an Protesten mit rechtlichen Forderungen betrug in den Jahren 2000 bis 2007 28 Prozent und zwischen 2008 und 2012 20 Prozent. Dabei ging es vor allem um Landenteignungen, Umweltverschmutzung, Privatisierungen und BürgerInnenrechte. An nächster Stelle rangieren Forderungen an die Behörden (18 Prozent), insbesondere in Form von Widerstand gegen die politischen Maßnahmen lokaler Regierungen (15 Prozent). Die übrigen Zwischenfälle ohne ökonomische Forderungen waren spontane Auseinandersetzungen, darunter etwa Proteste mit nationalistischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund.

Die Spalten 2 bis 6 dokumentieren die inhaltlichen Veränderungen von ArbeiterInnenprotesten in verschiedenen Sektoren. Im Gegensatz zu anderen Massenprotesten betraf der weitaus größte Teil der Forderungen in ArbeiterInnenprotesten ökonomische Fragen, wie etwa Löhne, Renten oder Abfertigungszahlungen. Im Vergleich zwischen den beiden Zeiträumen von 2000 bis 2007 und 2008 bis 2012 wurde der Anteil dieser Forderungen noch höher. Von 2008 bis 2012 bezogen sich insgesamt betrachtet rund 90 Prozent der Proteste von ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital (91 Prozent), ArbeiterInnen im privaten Sektor (87 Prozent) und Angestellten (87 Prozent) auf

Tabelle 2: Protestgruppen in den Städten Chinas 2000–2012

	(Anzahl der gemeldeten Zwischenfälle)													
	2000	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	gesamt
ArbeiterInnen														
ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen	10	14	29	27	25	21	23	45	31	68	53	24	24	394
ArbeiterInnen im privaten Sektor	2	3	4	3	16	18	15	29	31	41	40	45	17	264
ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital	0	2	5	1	12	17	10	33	40	23	65	38	44	290
KraftfahrerInnen	1	5	4	4	5	11	9	16	33	24	35	32	16	195
Angestellte														
LehrerInnen (öffentlich/privat)	2	1	1	1	0	1	3	16	31	38	29	16	4	143
Demobilisierte SoldatInnen	0	0	0	0	0	2	1	8	10	22	8	16	4	71
Andere Angestellte	1	3	0	4	2	9	11	7	19	16	30	23	5	130
Bürgerrechtsgruppen														
HausbesitzerInnen	0	0	4	5	2	8	17	15	29	35	49	61	8	233
BittstellerInnen	0	0	1	0	1	1	3	21	17	42	32	21	25	164
Von Umsiedlungen Betroffene	2	4	1	11	3	7	5	19	11	19	39	18	8	147
StudentInnen	2	4	6	4	2	8	9	13	16	12	13	13	3	105
Andere Bürgerrechtsgruppen	6	9	8	4	5	10	19	22	29	41	74	42	25	294
Massen	0	8	5	7	12	23	20	22	32	25	45	38	16	253
Religiöse Gruppen und nationale Minderheiten														
TibeterInnen	0	0	0	0	0	2	2	3	14	15	18	8	15	77
Andere religiöse Gruppen und nationale Minderheiten	11	3	2	0	1	0	4	0	2	6	4	9	3	45
Gesamt	37	56	70	71	86	138	151	269	345	427	534	404	217	2805

Anmerkung: Die Daten für 2012 beziehen sich auf den Zeitraum Januar bis April.

Quelle: Datenbank des Autors zu Nachrichten über Massenproteste in China.

ökonomische Fragen. Die anderen Protestinhalte bezogen sich vor allem auf politische Maßnahmen der Regierung und BürgerInnenrechte.

2. Das wirtschaftliche Entwicklungsniveau der Orte der Proteste

In diesem Unterabschnitt wird der Zusammenhang zwischen kollektiven Protesten und der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung untersucht. Zudem wird das wirtschaftliche Entwicklungsniveau jener Orte verglichen, an denen es zu Protesten der unterschiedlichen Gruppen von ArbeiterInnen kam. Wir haben das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den entsprechenden Städten auf Bezirksebene aus dem Jahr 2009 als Indikator für das wirtschaftliche Entwicklungsniveau herangezogen. 2009 gab es in China 287 Städte auf Bezirksebene, darunter vier regierungsunmittelbare Städte. Das BIP pro Kopf dieser Städte betrug im Durchschnitt 28 106 Yuan (3871 Euro). Im Ranking dieser Städte liegt das BIP pro Kopf der Stadt mit der mittleren Platzierung 144 (d. h. der Median) bei 22 195 Yuan (2267 Euro).⁸ Die erste Spalte in Tabelle 4 zeigt, dass das BIP pro Kopf der in der Datenbank erfassten 241 Städte (84 Prozent aller Städte auf Bezirksebene in China) im Zeitraum von 2000 bis 2012 bei einem Durchschnittswert von 28 892 Yuan (2952 Euro) lag, der Median bei 22 415 Yuan (2290 Euro). Das heißt, das durchschnittliche BIP pro Kopf sowie der Median dieser Städte waren höher als im Falle aller Städte auf Bezirksebene zusammen.

Kollektive Proteste von ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital waren auf die kleinste Anzahl an Orten konzentriert, die gleichzeitig das höchste BIP pro Kopf aufwiesen. In 41 Städten auf Bezirksebene ereigneten sich 290 Proteste dieser Gruppe an ArbeiterInnen, das heißt im Durchschnitt mehr als sieben Vorfälle pro Stadt. Diese 41 Städte weisen durchschnittlich ein BIP pro Kopf von 50 307 Yuan (5139 Euro; Median: 44 319 Yuan bzw. 4528 Euro) auf, was den landesweiten Durchschnitt von 28 106 Yuan (2871 Euro; Median: 22 198 Yuan bzw. 2268 Euro) ebenso wie das wirtschaftliche Entwicklungsniveau der Städte, in denen es zu Widerstand anderer ArbeiterInnengruppen kam, bei Weitem übertrifft. Deutlich wird also, dass sich kollektive Proteste von ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital in wirtschaftlich hoch entwickelten Regionen ereigneten.

Kollektive Proteste von ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen waren demgegenüber auf die größte Zahl an Städten verstreut. Das wirtschaftliche Entwicklungsniveau dieser Orte ist im Vergleich zu den

8. Die Zahlen, die für das BIP der einzelnen Orte in diesem Beitrag verwendet wurden, stammen vom Staatlichen Amt für Statistik der Volksrepublik China, das jährlich entsprechende Zahlen veröffentlicht. Siehe China Data Online, <http://chinadataonline.org>.

Tabelle 3: Inhalte von ArbeiterInnenprotesten in den Städten Chinas

(Anzahl der gemeldeten Zwischenfälle, %)

	Gesamt		ArbeiterInnen im privaten Sektor		KraftfahrerInnen		ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen		ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital		Angestellte	
	2000-2007	2008-2012	2000-2007	2008-2012	2000-2007	2008-2012	2000-2007	2008-2012	2000-2007	2008-2012	2000-2007	2008-2012
Gesamtanzahl	878	1921	90	173	55	140	194	200	80	210	73	271
Forderungen	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)
Ökonomische Forderungen	45	55	76	87	78	80	67	89	84	91	73	87
Forderungen an die Verwaltung	18	18	12	8	11	13	11	1	1	2	15	7
Rechtliche Forderungen	28	20	9	4	9	3	23	11	13	8	9	6
Andere Zwischenfälle	9	7	3	2	2	4	1	0	3	0	4	0

Anmerkung: Die Daten für 2012 beziehen sich auf den Zeitraum von Januar bis April.

Quelle: Datenbank des Autors zu Nachrichten über Massenproteste in China.

anderen erfasste Städten eher niedrig; das BIP pro Kopf betrug durchschnittlich 31 573 Yuan (3225 Euro), der Median lag bei 23 311 Yuan (2381 Euro). Dennoch ist festzuhalten, dass diese beiden Werte über dem landesweiten Durchschnitt liegen. Insgesamt betrachtet fanden kollektive Proteste in privaten und Betrieben mit ausländischem Kapital in wirtschaftlich relativ hoch entwickelten Regionen statt, während der Widerstand von Angestellten, Beschäftigten in Staats- und Kollektivbetrieben sowie KraftfahrerInnen nicht eindeutig auf Gebiete mit hohem ökonomischen Entwicklungsniveau konzentriert ist.

In den Jahren 2000 bis 2012 wandelten sich nicht nur die soziale Zusammensetzung der Protestgruppen und die von ihnen erhobenen Forderungen. Auch die Protestmethoden und die Antworten des Staates veränderten sich in quantitativer und qualitativer Hinsicht.

Die Anzahl der TeilnehmerInnen an kollektiven Protesten hat einen unmittelbaren Einfluss auf deren Auswirkungen, und sie gibt Einblick in den Mobilisierungsprozess. Tabelle 5 zeigt das Ausmaß der kollektiven Proteste, wobei wir eine Unterteilung in Fälle mit unter 100, zwischen 100 und 1000 sowie über 1000 TeilnehmerInnen getroffen haben.

Die kollektiven Proteste der unterschiedlichen ArbeiterInnengruppen wiesen sehr große Differenzen hinsichtlich ihrer Größe auf. In den Jahren 2008 bis 2012 waren an 43 Prozent der Proteste von ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital über 1000 Menschen beteiligt, 11 Prozent der Proteste wiesen eine TeilnehmerInnenzahl von unter 100 auf. Hingegen hatten im selben Zeitraum 46 Prozent der Zwischenfälle in privaten Unternehmen jedoch weniger als 100 TeilnehmerInnen, nur an 9 Prozent waren über 1000 Personen beteiligt. In staatlichen und kollektiven Unternehmen betrug der Anteil an Protesten mit mehr als 1000 Beteiligten in den Jahren 2000 bis 2007 44 Prozent, von 2008 bis 2012 waren es nur noch 28 Prozent. Insgesamt betrachtet war das Ausmaß der Proteste von ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital am größten, und die Proteste in privaten Betrieben waren am kleinsten.

Bei der Form von kollektiven Aktionen kann zwischen organisiertem, geordnetem Widerstand sowie unorganisiertem und unkontrolliertem oder gewaltsamen Protest unterschieden werden. In der vorliegenden Untersuchung haben wir eine Unterteilung der Protestformen in drei Typen getroffen: »gewaltlose« Konflikte, »Blockaden« und »gewaltsame« Konflikte. »Gewaltlose« Proteste umfassen Streiks, Sit-ins, Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. Die häufigsten Formen von »Blockaden« sind Straßenblockaden und Blockaden von Fabriken. »Gewaltsame« Protestformen umfassen Schlägereien, Sachbeschädigungen, Brandlegungen und Zusammenstöße mit der Polizei. In der ersten Spalte der

Tabelle 4: BIP pro Kopf in den von Protesten betroffenen Städten auf Kreisebene in China 2000–2012

Anzahl der Städte	(Anzahl der Städte, BIP/Kopf in Yuan, 2009)					
	Alle Ortschaften	ArbeiterInnen im privaten Sektor	KraftfahrerInnen	ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen	ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital	Angestellte
Durchschnitt	241 (2647)	67 (262)	89 (180)	130 (384)	41 (290)	92 (333)
Median	28 892	35 885	31 853	31 573	50 307	31 876
Minimum	22 415	32 053	24 260	23 311	44 319	22 101
Maximum	5 428	5 428	7 288	7 288	16 997	8 526
	122 565	122 565	102 370	122 565	122 565	122 565

Anmerkungen:

1. Die »Anzahl der Städte« ist die Gesamtzahl der Städte auf Kreisebene, in denen es zu kollektiven Protesten kam. Die Werte in Klammer verweisen auf die Gesamtzahl an Vorfällen, da es in den Städten auch zu mehr als einem Vorfall gekommen sein kann. »Alle Ortschaften« bezieht sich auf alle Städte auf Kreisebene, in denen im Zeitraum 2000 bis 2012 kollektive Proteste stattgefunden haben. Da in einigen Städten verschiedene Arten von Protesten stattfanden, ist die Summe der angeführten Städte größer als 241.
2. Im Jahr 2009 gab es in China 287 Städte auf Kreisebene, dazu werden hier die 4 regierungsmittelbaren Städte (Beijing, Tianjin, Shanghai und Chongqing) gezählt. Das BIP pro Kopf lag in diesen Städten bei einem Durchschnitt von 28 106 Yuan. Im Ranking dieser Städte liegt das BIP pro Kopf der Stadt mit der mittleren Platzierung 144 (d. h. der Median) bei 22 195 Yuan.

Tabelle 6 ist die Verteilung der einzelnen Protestformen im urbanen Raum zu angeführt. Im zeitlichen Vergleich zeigt sich ein klarer Anstieg des Anteils an gewaltlosen Protesten von 43 Prozent in den Jahren 2000 bis 2007 auf 53 Prozent zwischen 2008 und 2012. Der Anteil an gewaltsamen kollektiven Protesten hat im selben Zeitraum zwar von 34 auf 28 Prozent abgenommen. Dennoch machen sie weiterhin fast ein Drittel der Proteste aus.

Bei einem Vergleich zwischen den einzelnen Gruppen an Protestierenden zeigen sich ganz klare Unterschiede. Bei Angestellten (vor allem LehrerInnen und ehemalige SoldatInnen) ist der Anteil an gewaltlosen Protesten am größten, er stieg von 69 Prozent in den Jahren 2000 bis 2007 auf 76 Prozent im Zeitraum von 2008 bis 2012. Gleichzeitig ist der Anteil an Protesten, in denen sie Gewalt anwendeten, am niedrigsten. Er fiel von 23 auf 15 Prozent. Der Anteil an gewaltsamen Protesten ist bei ArbeiterInnen in mit ausländischem Kapital finanzierten Unternehmen verhältnismäßig gering. Er ging von 25 auf 20 Prozent zurück. Gewaltlose Zwischenfälle sind in dieser Gruppe demgegenüber – mit einem Anteil von 45 beziehungsweise 56 Prozent – relativ hoch. Den größte Anteil an gewaltsamen Vorfällen, mit 38 Prozent in den Jahren 2000 bis 2007, wiesen private Betriebe auf – auch wenn im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 ein Rückgang auf 23 Prozent zu verzeichnen war. Ein wachsender Anteil von gewaltsamen Zwischenfällen lässt sich bei den in staatlichen Betrieben Beschäftigten sowie bei KraftfahrerInnen feststellen. Während in den Jahren 2000 bis 2007 24 Prozent der Proteste von ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen gewaltsam waren, betrug der Anteil zwischen 2008 und 2012 26 Prozent.

Zusammenfassend lässt sich mit Blick auf die Entwicklungstendenzen hinsichtlich gewaltsamer Proteste in den letzten Jahren zwischen 2008 und 2012 zwischen zwei Gruppen von ArbeiterInnen unterscheiden: Im privaten Sektor, unter KraftfahrerInnen und unter Beschäftigten in staatlichen und kollektiven Unternehmen war ein hoher Anteil an gewaltsamen Protesten zu verzeichnen. Bei diesen Gruppen stellte jeder vierte Zwischenfall eine gewaltsame Auseinandersetzung dar. Demgegenüber ist der Anteil gewaltsamer Proteste bei Angestellten am niedrigsten, gefolgt von ArbeiterInnen in ausländisch finanzierten Unternehmen.

Massenproteste führen häufig zu einem Einschreiten der Polizei, sie ist die Antwort des Staates auf diese Proteste. In unserer Untersuchung haben wir zwischen vier Arten von polizeilichen Handlungen, gemessen an der angewandten Gewalt, unterschieden: Die Polizei erscheint nicht; die Polizei taucht auf, hält sich aber im Hintergrund; die Polizei zerstreut die Proteste; und die Polizei verhaftet ProtestteilnehmerInnen. Die beiden letzteren Varianten stellen eine direkte Gewaltausübung des Staates an den Protestierenden dar.

Tabelle 5: Anzahl der ProtestteilnehmerInnen in den Städten Chinas 2000–2012

		(Anzahl der gemeldeten Zwischenfälle, %)											
Gesamt		ArbeiterInnen im privaten Sektor		KraftfahrerInnen		ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen		ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital		Angestellte			
		2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012		
Gesamtzahl		818	1719	84	166	49	120	184	189	74	185	70	246
		(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)
Weniger als 100 TeilnehmerInnen		23	29	43	46	8	23	8	18	16	11	34	29
100 bis 1000 TeilnehmerInnen		45	46	48	45	55	56	48	54	43	45	41	50
Mehr als 1000 TeilnehmerInnen		33	25	10	9	37	22	44	28	41	43	24	22
		(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)

Anmerkung: Die Daten für 2012 beziehen sich auf den Zeitraum Januar bis April.
 Quelle: Datenbank des Autors zu Nachrichten über Massenproteste in China.

Tabelle 7 zeigt den Anteil der Fälle von Gewaltanwendung (in Form der Zerschlagung der Proteste und der Festnahme von Protestierenden) durch die Polizei. Dieser Anteil blieb zwischen den analysierten Zeiträumen 2000–2007 und 2008–2012 beinahe unverändert bei 38 beziehungsweise 39 Prozent. Dies bedeutet, dass sich die Häufigkeit der Gewaltanwendung durch die Polizei nicht verändert hat, obwohl der Anteil friedlicher Proteste (Tabelle 6) klar gestiegen ist. Anders gesagt, während Massenproteste zunehmend gewaltloser werden, hat die Polizei bisher keine entsprechend milderen Reaktionen gezeigt.

Bei einem Vergleich der polizeilichen Reaktionen auf Proteste der einzelnen Gruppen sind signifikante Unterschiede festzustellen. Zwischen den Zeiträumen 2000–2007 und 2008–2012 nahm die polizeiliche Gewaltanwendung im Falle dreier Gruppen zu: bei den Beschäftigten in privaten Betrieben, bei jenen staatlichen und kollektiven Unternehmen sowie bei KraftfahrerInnen. Im gleichen zeitlichen Vergleichsrahmen nahm die polizeiliche Gewaltanwendung gegenüber ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital und gegenüber Angestellten ab. Letztere sind auch genau jene Gruppen, die selbst nur in wenigen Fällen gewaltsam protestierten. Es zeigt sich, dass der Anteil der polizeilichen Gewaltanwendung bei jenen Gruppen hoch ist, die auch einen hohen Anteil an gewaltsam geführten Protesten aufwiesen. Im Zeitraum 2008 bis 2012 reagierte die Polizei in 43 Prozent der Protestfälle im Staats- und Kollektivsektor mit der Zerschlagung und Festnahme von Protestierenden. Gleichzeitig kam es bei ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital, obwohl ihre Proteste häufig verhältnismäßig groß waren, nur in 25 Prozent der Fälle zu einer Zerschlagung oder Festnahme der TeilnehmerInnen.

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag bietet eine Analyse von kollektiven Protesten in den Jahren 2000–2012. Dabei wurden die Zusammensetzung der TeilnehmerInnen, die Inhalte sowie die wesentlichen Eigenschaften von kollektiven Protesten dargestellt und signifikante Unterschiede im zeitlichen Verlauf sowie hinsichtlich der beteiligten Gruppen aufgezeigt.

Ein bedeutender Wendepunkt in der Entwicklung war in den Jahren 2005 bis 2006 festzustellen: In den darauffolgenden drei Jahren kam es zu einer tendenziellen Pluralisierung der Proteste, einer Ausweitung der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und einer Zunahme an ProtestteilnehmerInnen. Aufgrund des Anstiegs an Konfliktfällen insgesamt nahm die Zahl der gewaltsamen Proteste zwar nicht ab, doch der relative Anteil an friedlichen Zwischenfällen stieg beständig. Die Charakteristika der kollektiven Proteste unterschieden sich

Tabelle 6: Formen des sozialen Protestes in den Städten Chinas 2000–2012

		(Anzahl der gemeldeten Zwischenfälle, %)									
Gesamt		ArbeiterInnen im privaten Sektor		KraftfahrerInnen		ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen		ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital		Angestellte	
2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012
878	1918	90	171	55	140	194	200	80	209	73	270
(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)
Gewaltlos ¹	43	30	39	66	56	39	53	45	56	69	76
Blockaden ²	23	32	38	15	20	37	22	30	24	8	9
Gewaltsam	34	28	38	20	24	24	26	25	20	23	15

Anmerkungen:

1. »Gewaltlos« umfasst Streiks, Sit-ins, Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und Hungerstreiks.
2. »Blockaden« umfassen Blockaden von Gebäuden und Straßen.
3. Die Daten für 2012 beziehen sich auf den Zeitraum Januar bis April.

Quelle: Datenbank des Autors zu Nachrichten über Massenproteste in China.

zwischen Stadt und Land sowie zwischen einzelnen sozialen Gruppen.

Die kollektiven Proteste verweisen auf die in China infolge der Reformen neu entstandenen gesellschaftlichen Kräfte. Bis dato handelt es sich noch um fragmentierte »kollektive Aktionen von Einzelnen«. Es gab bisher keine horizontale Vernetzung zwischen unterschiedlichen Betrieben und auch keine entsprechende Organisation und Mobilisierung durch Gewerkschafts- oder Nichtregierungsorganisationen. Der deutlich überwiegende Teil der kollektiven Proteste war auf die jeweils eigenen, kurzfristigen Interessen und wirtschaftlichen Vorteile ausgerichtet. Während es häufig um die eigenen Rechte und Interessen ging (etwa um eine rechtmäßige Entlohnung oder die Bezahlung von Überstunden), haben die ArbeiterInnen bis dato noch keine grundlegenden, allgemeinen Reformen des Systems eingefordert (siehe auch Chan 2011a, 2011b). Auch wenn die Gewerkschaften unter dem Allchinesischen Gewerkschaftsbund auf nationaler und Provinzebene ab 2008 einer nach der anderen Statements veröffentlichten, in denen sie ihre Anteilnahme mit den ArbeiterInnenprotesten zum Ausdruck brachten, so ist dies im Hinblick auf die Organisation sowie den Schutz der Rechte und Interessen von ArbeiterInnen vollkommen unzureichend. Die Distanz zu Gewerkschaften in anderen Industriegesellschaften besteht weiterhin, und es ist unmöglich, sie miteinander gleichzusetzen (siehe China Labour Bulletin 2011).

Die Pluralisierung der Protestgruppen in China ist auch im Falle von ArbeiterInnenprotesten zu beobachten. Vor Mitte der 2000er Jahre gab es im Großen und Ganzen nur Proteste von Beschäftigten der städtischen *danwei*, das heißt der ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen. Danach jedoch begannen auch andere Gruppen (ArbeiterInnen im privaten Sektor, KraftfahrerInnen, ArbeiterInnen in ausländisch finanzierten Unternehmen und Angestellte), vermehrt Proteste durchzuführen. Nach 2008 übertrafen die kollektiven Proteste von ArbeiterInnen in Betrieben mit ausländischem Kapital – sowohl in Bezug auf ihre Anzahl als auch auf ihr Ausmaß und ihren Einfluss – jene im Staats- und Kollektivsektor und wurden somit zur Hauptachse der gegenwärtigen ArbeiterInnenproteste in China. Die deutliche Mehrheit der Beschäftigten in ausländisch finanzierten Unternehmen sind die sogenannten BauernarbeiterInnen (*nongmingong*), ein Produkt der Trennung zwischen Stadt und Land sowie des *hukou*-Systems. Sie werden auch in Zukunft ein bedeutender Teil der chinesischen ArbeiterInnenschaft im Allgemeinen sowie der Widerstand leistenden ArbeiterInnen im Besonderen sein.

Das Verhalten des Staates gegenüber kollektiven Protesten hat sich keineswegs einhergehend mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und den zunehmenden Marktfreiheiten entspannt. Die Polizei reagierte allerdings mit unterschiedlichen

Tabelle 7: Polizeiliche Reaktionen auf Massenproteste in den Städten Chinas 2000–2012

(Anzahl der gemeldeten Zwischenfälle, %)

	Gesamt		ArbeiterInnen im privaten Sektor		KrafffahrerInnen		ArbeiterInnen in staatlichen und kollektiven Unternehmen		ArbeiterInnen in Unternehmen mit ausländischem Kapital		Angestellte	
	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012	2000–2007	2008–2012
Gesamt	873	1903	89	166	55	139	193	200	80	207	73	268
	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)
»Weiche« Antwort ¹	62	61	67	66	78	71	67	58	69	75	64	70
Gewalt ²	38	39	33	34	22	29	33	43	31	25	36	30

Anmerkungen:

1. »Weiche« Antwort« bedeutet, dass die Polizei nicht anwesend ist oder sich im Hintergrund hält.

2. »Gewalt« bedeutet, dass die Polizei die Protestierenden attackiert, zerstreut oder verhaftet.

Die Daten für 2012 beziehen sich auf den Zeitraum Januar bis April.

Quelle: Datenbank des Autors zu Nachrichten über Massenproteste in China.

Antworten auf die Proteste der einzelnen Gruppen von ArbeiterInnen. Obwohl das Ausmaß der Proteste von ArbeiterInnen in ausländisch finanzierten Unternehmen relativ groß war, übte die Polizei ihnen gegenüber am wenigsten Gewalt an. Insgesamt war der Anteil der gewaltsamen polizeilichen Maßnahmen in den Jahren 2008 bis 2012 nicht geringer als im Zeitraum von 2000 bis 2007.

Der Staat wendet Gewalt an, um nicht geduldete kollektive Protestaktionen zu unterdrücken. Die Anwendung gewaltsamer wie auch friedlicher Maßnahmen basiert auf einem äußerst genauen System und wird von den großen finanziellen Ressourcen des Staates gestützt. Seit dem Jahr 2006 wurden unter dem zur staatlichen Leitlinie erklärten »Gesamt-Notfallplan für unerwartete öffentliche Zwischenfälle« neue Untersuchungs- und Schlichtungsmechanismen, Bestimmungen für Petitionen, Mechanismen zur Kaderevaluierung, juristische Instrumente sowie Mechanismen zur Medienkontrolle erlassen, welche die Repression seitens der Polizei und der Armee ergänzen sollten. Konfrontiert mit der wachsenden Anzahl und Größe sowie der zunehmenden Vielfalt von kollektiven Protesten gehen lokale Regierungen häufig sehr energisch vor. Während sie damit gewaltsame Proteste unterdrücken können, sind sie nicht in der Lage, die grundlegenden Probleme des Systems zu lösen und das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft entscheidend zu verändern.

Mit Blick auf die politischen Implikationen der Veränderungstendenzen von kollektiven Protesten und angesichts der Diskussionen über die Stabilität der politischen Herrschaft sowie die Aussichten auf eine Demokratisierung in China ist schließlich nicht zu erwarten, dass soziale Unruhen in den nächsten drei bis fünf Jahren zu einem Kollaps des chinesischen Regimes oder einer Demokratisierung führen werden (Nathan 2003). In den kommenden Jahren wird das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft unverändert »nach außen hin locker, innen angespannt« bleiben. Die Gesellschaft wird zunehmend pluraler, und es kommt zu einer Ausdifferenzierung unterschiedlicher Interessen, aber es mangelt an einem organischen Zusammenhalt durch gesellschaftliche Vereinigungen oder sozialem Kapital, und es fehlt an auf gegenseitigem Vertrauen basierenden gesellschaftlichen Beziehungen und an einer zivilgesellschaftlichen Basis. In den Bereichen des Stadt-Land-Dualismus, der Eigentumsrechte sowie von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind weitere Reformen erforderlich. Werden derartige Reformen nicht umgesetzt, so wird dies unaufhörlich zu sozialen Konflikten und kollektiven Protesten führen, für deren Beilegung der Staat weitere administrative und finanzielle Kosten aufbringen muss.

Aus dem Chinesischen von Daniel Fuchs und Thomas Immervoll

Literaturverzeichnis

- Anderlini, Jamil (2011a): Unrest Spreads among China's Migrant Masses. In: *Financial Times*, 17. Juni 2011.
- Anderlini, Jamil (2011b): China's Army of Migrant Workers Grows Restless. In: *Financial Times*, 18./19. Juni 2011.
- Cai Yongshun (2010): *Collective Resistance in China. Why Popular Protests Succeed or Fail*. Stanford: Stanford University Press.
- Chan, Anita (ed.; 2011a): *Walmart in China*. Ithaca, N.Y.: ILR Press.
- Chan, Anita (2011b): Strikes in China's Export Industries in Comparative Perspective. In: *The China Journal* 65, 27–51.
- Chen Feng (2004): Legal Mobilization by Trade Unions. The Case of Shanghai In: *The China Journal* 52, 27–45.
- Chen Feng / Xu Xin (2012): »Active Judiciary«. Judicial Dismantling Of Workers' Collective Action In China. In: *The China Journal* 67, 87–108.
- CLB (China Labour Bulletin; 2009): Going it Alone. The Workers' Movement in China 2007–2008. Hong Kong: *China Labour Bulletin. Research Report*, www.clb.org.hk/en/files/share/File/research_reports/workers_movement_07-08_print_final.pdf (25. August 2012).
- CLB (China Labour Bulletin; 2011): Unity is Strength: The Workers' Movement in China, 2009–2011. Hong Kong: *China Labour Bulletin. Research Report*, www.clb.org.hk/en/files/share/File/research_reports/unity_is_strength_web.pdf (25. August 2012).
- Earl, Jennifer / Soule, Sarah A. / McCarthy, John D. (2003): Protest under Fire? Explaining the Policing of Protest. In: *American Sociological Review* 68/4, 581–606.
- Earl, Jennifer / Martin, Andrew / Martin, John D. / McCarthy, John D. / Soule, Sarah A. (2004): The Use of Newspaper Data in the Study of Collective Action In: *Annual Review of Sociology* 30, 65–80.
- Ekiert, Grzegorz / Kubik, Jan (1998): Contentious Politics in New Democracies: East Germany, Hungary, Poland, and Slovakia, 1989–93. In: *World Politics* 50/4, 547–581.
- Gallagher, Mary (2005): Use the Law as Your Weapon: Institutional Change and Legal Mobilization in China. In Diamant, Neil / Lubman, Stanley / O'Brien, Kevin (eds.): *Engaging the Law in China. State, Society, and Possibilities for Justice*. Stanford: Stanford University Press.
- Gallagher, Mary (2006): Mobilizing the Law in China. 'Informed Disenchantment' and the Development of Legal Consciousness. In: *Law and Society Review* 40, 783–816.
- Hurst, William (2009): *The Chinese Worker after Socialism*. Cambridge and New York: Cambridge University Press.
- Jacob, Rahul (2011a): Chinese Workers Protest against Wage Cuts. In: *Financial Times*, 18. November 2011.
- Jacob, Rahul (2011b): China Labour Unrest Flares as Orders Fall. In: *Financial Times*, 23. November 2011.
- Koopmans, Ruud (1997): Dynamics of Repression and Mobilization. The German Extreme Right in The 1990s. In: *Mobilization: An International Quarterly*, 2/2, 149–164.
- Kriesi, Hanspeter / Koopmans, Ruud / Duyvendak, Jan Willem / Giugni, Marco G. (1995): *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Lee, Ching Kwan (2007): *Against the Law: Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt*. Berkeley / Los Angeles: University of California Press.
- Liu Dongxiao (2006): When Do National Movements Adopt or Reject International Agendas? A Comparative Analysis of the Chinese and Indian Women's Movements. In: *American Sociological Review* 71/6, 921–942.
- McAdam, Doug (1983): Tactical Innovation and the Pace of Insurgency. In: *American Sociological Review* 48/6, 735–54.
- Martin, Andrew W. / McCarthy, John D. / McPhail, Clark (2009): Why Targets Matter. Toward a More Inclusive Model of Collective Violence. In: *American Sociological Review* 74/5: 821–841.
- Nathan, Andrew J. (2003): Authoritarian Resilience In: *Journal of Democracy* 14/1, 6–17.
- National Bureau of Statistics of China (2011): *2011 nian woguo nongmingong diaocha jiance* (Untersuchung und Überwachung der chinesischen WanderarbeiterInnen 2011), www.stats.gov.cn:82/tjfx/fxbg/t20120427_402801903.htm (12. November 2012).

- O'Brien, Kevin J. (ed.; 2008): *Popular Protest in China*. Cambridge: Harvard University Press.
- O'Brien, Kevin J. / Li Lianjiang (2006): *Rightful Resistance in Rural China*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oliver, Pamela E. / Myers, Daniel J. (1999): How Events Enter the Public Sphere In: *American Journal of Sociology* 105/1, 38–87.
- Ortiz, David / Myers, Daniel / Walls Myers, Eugene / Diaz, Walls / Diaz, Maria-Elena (2005): Where Do We Stand with Newspaper Data? In: *Mobilization: An International Quarterly* 10/3, 397–419.
- Orlik, Tom (2011). Global Economic Turmoil – The Outlook: China Unrest Grows Amid Boom. In: *Wall Street Journal*, A.13.
- Orlik, Tom (2012): China's Labor Market Tightens. In: *Wall Street Journal* (Online), 23. August 2012, <http://search.proquest.com/docview/1034714793?accountid=14229> (18. November 2012).
- Soule, Sarah A. (1997): The Student Divestment Movement in the United States and Tactical Diffusion: The Shantytown Protest. In: *Social Forces* 75/3: 855–883.
- Sun Yanfei / Zhao Dingxin (2007): Multifaceted State and Fragmented Society: The Dynamics of the Environmental Movement in China. In: Yang Dali (Hg.): *Discontented Miracle: Growth, Conflict, and Institutional Adaptations in China*. New Jersey et al.: World Scientific Publisher, 111–160.
- Walker, Edward T. / Martin, Andrew W. / McCarthy, John D. (2008): Confronting the State, the Corporation, and the Academy: The Influence of Institutional Targets on Social Movement Repertoires. In: *American Journal of Sociology* 114/1, 35–76.
- Weber, Max (1978). The nature of social action. In: Runciman, W. G. / Mathews E. (Hg.), *Max Weber: Selections in translation*. Cambridge: Cambridge University Press, 7–32.
- Zhao Dingxin (2000): State-Society Relations and the Discourses and Activities during the 1989 Beijing Student Movement. In: *American Journal of Sociology* 105/6, 1592–1632.
- Zhao Dingxin (2001): *The Power of Tiananmen: State-Society Relations and the 1989 Beijing Student Movement*. The University of Chicago Press.
- Zhao Dingxin (2002): The 1999 Anti-US Demonstrations and the Nature of Student Nationalism in China Today. In: *Problems of Post-Communism* 49 (November/December), 16–28.
- Zhao Dingxin (2007): *Shehui yundong yu geming: Lilun geng xin he Zhongguo jingyan* (Gesellschaftliche Bewegungen und Revolution: Theorie erneuern und China erfahren). Taipei: Juliu.
- Zhao Dingxin (2009a): Organization and Place in the Anti-U.S. Demonstrations after the 1999 Belgrade Embassy Bombing. In: *Mobilization* 14, 405–428.
- Zhao Dingxin (2009b): The Mandate of Heaven and Performance Legitimation in Historical and Contemporary China. In: *American Behavioral Scientist* 53/3, 416–433.
- Zhao Dingxin (2010): Authoritarian Regime and Contentious Politics. In: Leicht, Kevin T. / Jenkins, Graig C. (Hg.): *Handbook of Politics: State and Society in Global Perspective*. Springer Science, 459–476.
- Zhou Xueguang (1993): Unorganized Interests and Collective Action in Communist China. In: *American Sociological Review* 58/1, 54–73.